



Christoph Butterwegge
Bettina Lösch · Ralf Ptak

Kritik des Neoliberalismus

3. Auflage

 Springer VS

Kritik des Neoliberalismus

Christoph Butterwegge
Bettina Lösch · Ralf Ptak

Kritik des Neoliberalismus

3., aktualisierte Auflage

Unter Mitarbeit von Tim Engartner

 Springer VS

Christoph Butterwegge
Bettina Lösch
Ralf Ptak

Universität zu Köln
Deutschland

ISBN 978-3-531-20005-7 ISBN 978-3-531-20006-4 (eBook)
DOI 10.1007/978-3-531-20006-4

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden 2007, 2008, 2017

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen.

Lektorat: Cori A. Mackrodt, Stefanie Loyal

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer VS ist Teil von Springer Nature
Die eingetragene Gesellschaft ist Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	11
-------------------------	----

Ralf Ptak

Grundlagen des Neoliberalismus	13
---	----

1	Die Ursprünge des Neoliberalismus	15
1.1	Die Weltwirtschaftskrise 1929/32 als Geburtsstunde des Neoliberalismus	16
1.2	Erste Formierungen des Neoliberalismus	18
1.3	Das neoliberale Selbstverständnis	21
2	Markt, Staat und Wettbewerb in der neoliberalen Theorie	25
2.1	Klassischer Wirtschaftsliberalismus, Neoklassik und Neoliberalismus	25
2.2	Antrieb und Steuerung der Gesellschaft: Markt, Staat und Wettbewerb.....	30
2.2.1	Der Markt als staatliche Veranstaltung.....	31
2.2.2	Der Markt als spontane Ordnung.....	38
3	Gesellschaft und Menschenbild im Neoliberalismus	46
3.1	Der Mensch als Objekt der Geschichte: Hayeks Theorie der kulturellen Evolution	49
3.2	Vom Niedergang liberaler Grundwerte: Individualismus und Freiheit	53
3.3	Das neoliberale Leitbild der Gesellschaft: Eindämmung des Interventionsstaates, Begrenzung der Demokratie und Diskreditierung der sozialen Gerechtigkeit	60

4	Der Neoliberalismus als Projekt der politischen Praxis	67
4.1	Strategie und Taktik zur Durchsetzung des neoliberalen Projekts...	68
4.2	Entwicklungsphasen des Neoliberalismus	74

Tim Engartner

	Privatisierung und Liberalisierung	
	– Strategien zur Selbstentmachtung des öffentlichen Sektors	79
1	Ein Kernpunkt des neoliberalen Projekts: das Privateigentum als Basis menschlichen Daseins.....	80
1.1	Begriff und Bedeutung des Eigentums	80
1.2	Öffentliche, private, positionelle und Allmendegüter.....	84
2	Die neoliberale Kritik an öffentlichem Eigentum und staatlicher Wirtschaftstätigkeit.....	88
2.1	Erklärungsansätze für die Umgestaltung des Staates.....	88
2.2	Unzulänglichkeiten der herkömmlichen Effizienzargumentation....	91
3	Politische Voraussetzungen, Strategien und Instrumente der Privatisierung.....	93
3.1	Der Rückzug des Staates und die Neuformulierung staatlicher Kernaufgaben	94
3.2	Verschiedene Grade der Privatisierung	96
3.3	Die Privatisierung öffentlicher Unternehmen – ahistorisch, kurzsichtig und eindimensional	98
3.4	Cross Border Leasing und Public Private Partnership	102
4	Wegbereiter der Privatisierung: EU-Richtlinien, GATS und TRIPS.....	105
4.1	Schaffung und Auswirkungen des EU-Binnenmarktes	106
4.2	Die Rechtsordnung der WTO als global wirkende Keimzelle von Privatisierungen	109
4.3	Eine konzertierte Aktion.....	112

5	Abkehr von einst ehernen demokratischen und sozialstaatlichen Prinzipien.....	113
5.1	Die Entstaatlichung der Daseinsvorsorge	114
5.2	Die Notwendigkeit staatlicher Regulierung.....	115
5.3	Die Unterminierung des verfassungsrechtlich verankerten Sozialstaatsgebotes	118
5.4	Die Übertragung der Gestaltungsmöglichkeiten vom öffentlichen in den privaten Raum.....	119
5.5	Versuche zur Popularisierung von Privatisierungen.....	120

Christoph Butterwegge

Rechtfertigung, Maßnahmen und Folgen einer neoliberalen (Sozial-)Politik..... 123

1	Sozialstaatskritik, Diskursstrategien und Legitimationstechniken des Neoliberalismus	124
1.1	Grundlinien neoliberaler Sozialstaatskritik.....	124
1.2	Die ideologische Legitimation der Transformation des Sozialstaates	130
1.2.1	Deutschland in einer globalisierten Weltwirtschaft: Die soziale Sicherheit wird zum „Standortrisiko“ erklärt.....	130
1.2.2	Die demografische Entwicklung als weiteres „Naturgesetz“ oder Wie man die Biologie zur Rechtfertigung von sozialer Ungleichheit missbraucht.....	133
1.3	Die Erosion des Gerechtigkeitsbegriffs	140
1.3.1	Ein fragwürdiger Gerechtigkeitsbegriff oder Sozialpolitik paradox: Wohltaten primär für Wohlhabende	140
1.3.2	Bildung für die Armen statt Umverteilung des Reichtums?	145
1.3.3	„Generationengerechtigkeit“ – neoliberaler Kampfbegriff und ideologisches Ablenkungsmanöver	148
1.3.4	„Freiheit“ und „Eigenverantwortlichkeit“ als Formeln zur Rechtfertigung der wachsenden sozialen Ungleichheit	152

2	Institutionelle bzw. Strukturveränderungen: Wohlfahrtsstaat und Staatsordnung im Umbruch	156
2.1	Entstehungsgeschichte, politische Hintergründe und konzeptionelle Grundlagen der Sozialreformen	156
2.2	Strukturprinzipien und Funktionsmechanismen eines nach neoliberalen Grundsätzen „reformierten“ Gemeinwesens	160
2.2.1	Wie der Wohlfahrts- zum Wettbewerbsstaat umfunktioniert wurde	160
2.2.2	Kann der Sozial- als Minimalstaat noch seinen Verfassungsauftrag erfüllen?	163
2.2.3	Die schrittweise Entwicklung vom aktiven zum „aktivierenden“ Sozialstaat.....	167
2.2.4	Leistungskürzungen machen den Sozial- zum „Kriminalstaat“	172
2.2.5	Die Aufspaltung des Gemeinwesens in einen Wohlfahrtsmarkt und einen Wohltätigkeitsstaat.....	174
2.2.6	Auf dem Weg vom Sozialversicherungs- zum Fürsorge-, Almosen- und Suppenküchenstaat?	178
2.2.7	Abkehr von der gesamtgesellschaftlichen Solidarität und Rückkehr zur Familiensubsidarität	183
2.3	Wettbewerbsföderalismus und Föderalismusreformen.....	185
3	Folgen des Wettbewerbswahns	191
3.1	Die soziale Polarisierung, Pauperisierung und Prekarisierung	192
3.2	Die sozialräumliche Segmentierung: Peripherisierung ländlicher Regionen, Zerfall der Städte und Marginalisierung bestimmter Quartiere	194
3.3	Entsolidarisierung, Ethnisierung und Entdemokratisierung	197

Bettina Lösch

Die neoliberale Hegemonie als Gefahr für die Demokratie	201
1 Vom Elend der Politik im Neoliberalismus: Demokratie als Funktion der Ökonomie	202
1.1 Neoliberale Grundannahmen im Hinblick auf die Demokratie	202
1.1.1 Der Rekurs auf Elite- und Konkurrenztheorien der Demokratie ...	204
1.1.2 Demokratie als Markt oder als Simulation des Marktes	206
1.1.3 Staats- bzw. Bürokratieversagen und der Einfluss von Interessenpolitik.....	209
1.2 Neoliberale Gegenmodelle: ein Rat der Weisen oder individualistische Tausch- und Vertragsverhältnisse.....	212
1.3 Weniger – statt: mehr – Demokratie als neoliberale Maxime.....	214
2 Die Demontage liberaler Demokratie im Zeichen der neoliberalen Hegemonie	218
2.1 Wechselbeziehungen zwischen Marktwirtschaft und Demokratie	218
2.2 Vom demokratisch „gezähmten“ zum entfesselten Kapitalismus .	222
3 Neoliberale Globalisierung: neue politische Akteure und die Privatisierung von Politik	227
3.1 Die neoliberale Modernisierung als Motor der Entdemokratisierung.....	228
3.2 Global Governance als sozialdemokratisches Gegenprojekt zur neoliberalen Politik?	234
3.3 Demokratiedefizite internationaler Organisationen	238
3.4 Die Krise der liberalen Demokratie – eine postdemokratische Phase?	240
4 Die Rolle der Zivilgesellschaft bei der Umsetzung neoliberaler Politik ...	242
4.1 Der Mythos der zivilen Gesellschaft als herrschafts- und machtfreier Raum	242

4.2	Neoliberale Akteure der „zivilen“ Gesellschaft: „think tanks“, Reforminitiativen und Lobbyorganisationen	248
4.3	Politische Beratung ohne Öffentlichkeit: Privatisierung von Politik	254

Christoph Butterwegge/Bettina Lösch/Ralf Ptak

Neoliberalismus im Krisenmodus: Entwicklungstendenzen und Zukunftsperspektiven des Marktradikalismus	259	
1	Neoliberalismus in der Krise	260
2	Erklärungsansätze zu den Entstehungsursachen und Auswirkungen der Krise.....	262
2.1	„Finanzmarktkapitalismus“ und wachsende sozioökonomische Ungleichheit	263
2.2	Die multiple Krise als strukturelle Dauerkrise.....	265
2.3	Medien und Krise	268
2.4	Krisenfolgen: Verschärfung der sozialen Ungleichheit und Rückgang politischer Teilhabe	270
3	Die Fortsetzung marktradikaler Politik durch die Große Koalition: flexibler Neoliberalismus.....	275
4	Die jüngste Offensive des Neoliberalismus: Unumkehrbarkeit der Bank- und Konzernherrschaft als Ziel von CETA, TTIP und TiSA	280
5	Fazit und Ausblick.....	284
Abkürzungsverzeichnis	291	
Literaturauswahl	297	

Einleitung

Während der 1930er-Jahre als eine Richtung der Wirtschaftswissenschaft entstanden, die den Markt als Regulierungsmechanismus gesellschaftlicher Entwicklungs- und Entscheidungsprozesse verabsolutiert, umfasst „Neoliberalismus“ heute eine breite geistige Strömung mit unterschiedlichen historischen wie länderspezifischen Erscheinungsformen, Strategievarianten und Praktiken. Eigentlich müsste man sogar von „Neoliberalismen“ sprechen, die sich auf jeweils spezifische theoretische Ansätze und Konzepte zur Umsetzung stützen. Das gesellschaftspolitische Projekt des Neoliberalismus strebt nach einem Kapitalismus ohne wohlfahrtsstaatliche Begrenzungen.

Die meisten Repräsentanten des Neoliberalismus verwenden diesen Terminus heute nicht mehr zur Selbstetikettierung, weil sie darin einen politischen Kampfbegriff ihrer Gegner sehen. Auch unter seinen Kritiker(inne)n sind die Einfluss- und Handlungsmöglichkeiten des Neoliberalismus umstritten: Manche hielten sein Ende schon für gekommen, bevor er in Deutschland überhaupt zur vollen politischen und gesellschaftlichen Wirkungsmächtigkeit gelangte.

Das vorliegende Buch erschien zuerst gut ein Jahr vor jener Krise, die 2008/09 die internationalen Finanzmärkte und die Weltwirtschaft erschütterte. Damals schien es so, als sei der Neoliberalismus endgültig widerlegt und für immer diskreditiert. Zwar verschwanden die neoliberale Propaganda freier Märkte und die Angriffe auf den Interventionsstaat vorübergehend aus der öffentlichen Debatte, bald war aber klar, dass selbst dieses Krisendebakel keinesfalls zum Unter- oder Niedergang des Neoliberalismus geführt hatte. Vielmehr kehrte dieser nach einer kurzen Latenzzeit zurück, um seine marktradikale Agenda noch konsequenter zu verwirklichen. Genannt seien nur die Durchsetzung eines rigiden Austeritätskurses innerhalb der EU unter deutscher Führung sowie CETA, TTIP und TiSA, geplante Wirtschafts-, Handels- und Investitionsschutzabkommen, mit denen das Ziel verbunden ist, eine Politik der Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung unumkehrbar zu machen.

Bis heute bestimmt der Neoliberalismus die Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Medienöffentlichkeit und das Alltagsbewusstsein hierzulande so stark wie kaum eine andere Weltanschauung, obwohl sich nur ein kleiner, aber politisch einflussreicher Personenkreis dieser Denkrichtung zuordnet. Das neoliberale Konzept wird auch von einflussreichen Multiplikatoren aufgegriffen, die nicht

nur unter den Marktradikalen von Unternehmerverbänden, des CDU-Wirtschaftsrates oder der wirtschaftsliberalen Industrielobby zu finden sind. Selbst in Gewerkschaften, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und ähnlichen Organisationen hat der Neoliberalismus überzeugte Anhänger/innen, die sich seinen radikalen Ökonomismus und Wettbewerbsfetischismus zu Eigen gemacht haben.

Aufgrund dieser gesellschaftlichen Diffusion hat der Marktradikalismus eine öffentliche Meinungsführerschaft errungen, die nur schwer zu durchbrechen ist. Trotzdem regt sich immer häufiger Protest, weil die inneren Widersprüche des Neoliberalismus klarer zutage treten und seine negativen Konsequenzen für die Gesellschaft, den Wohlfahrtsstaat und die Demokratie inzwischen unübersehbar sind.

Als die 2. Auflage vergriffen war, erbot sich der Verlag, das Buch ein weiteres Mal herauszubringen. Da sich unsere Publikation vor allem mit den Grundlagen des Neoliberalismus befasst und seine wichtigsten Denkrichtungen ohne Bezug auf tagespolitische Ereignisse analysiert, musste sie für die Wiederauflage nicht vollständig überarbeitet werden. Vielmehr haben wir nur die Einleitung aktualisiert und in einem neuen Schlussbeitrag die jüngsten Entwicklungen seit der Krise 2008 ff. gewürdigt. Auf größere Eingriffe in den Ursprungstext haben wir verzichtet und uns auf eine Korrektur von (Druck-)Fehlern beschränkt. Nur das Abkürzungs- und das Literaturverzeichnis am Ende des Bandes haben wir aktualisiert bzw. um relevante Neuerscheinungen ergänzt.

Ökonomie, (Sozial-)Politik und Demokratie stehen im Mittelpunkt unserer Ausführungen zu den Folgen neoliberaler Politik und Propaganda. Tim Engartner hat einen Text zur Privatisierung, Liberalisierung und Deregulierung beigesteuert. Mittlerweile reicht die Liste der Privatisierungsobjekte von Kindergärten über (Hoch-)Schulen bis zu Krankenhäusern und Pflegeheimen, von kommunalen Wohnungsbeständen über Nahverkehrsbetriebe bis zu Museen sowie von Autobahnen und der Flugsicherung über Haftanstalten bis zum Gerichtsvollzieherwesen, lässt also selbst traditionelle Hoheitsaufgaben des Staates nicht mehr unangestastet. Vormalig gemeinwirtschaftlich organisierte Sektoren, die Beschäftigung sichern, Versorgungssicherheit gewährleisten und soziale Schief lagen ausgleichen sollten, werden ebenfalls der privaten Gewinnmaximierung unterworfen. Hier zeichnet sich einerseits ab, welche Herausforderung es ist und bleiben wird, durch eine neoliberale Politik geschaffene Fakten rückgängig zu machen. Andererseits wurden Bewegungen stärker, die der Ideologie der Unumkehrbarkeit und Alternativlosigkeit selbstbewusst, mutig und mit langem Atem entgegentreten. Daraus gilt es zu lernen, um eine ernsthafte emanzipatorische Perspektive gegen die zerstörerischen Kräfte der Marktgesellschaft zu entwickeln.

Köln, im Frühjahr 2016 *Christoph Butterwegge, Bettina Lösch und Ralf Ptak*

Grundlagen des Neoliberalismus

Zweifellos ist „Neoliberalismus“ einer der schillerndsten Begriffe unserer Zeit. In der internationalen Diskussion steht er für die Kritik und das Unbehagen gegenüber einer entwurzelten Ökonomie im globalen Maßstab. Diese negative Deutung ist noch ein relativ junges Phänomen, obwohl der Neoliberalismus auf eine 80-jährige Geschichte zurückblicken kann. Zwar diskutierte man schon in der „alten“ Bundesrepublik während der 50er- und 60er-Jahre über die marktoptimistischen Positionen der neoliberalen Stichwortgeber von Wirtschaftsminister Ludwig Erhard.¹ Auch das neoliberale Wirtschaftsprogramm des chilenischen Diktators Augusto Pinochet fand zusammen mit seiner „Verfassung der Freiheit“ um die Mitte der 1970er-Jahre internationale Beachtung. Formuliert hatten es die „Chicago-Boys“, eine Gruppe radikaler neoliberaler Wirtschaftswissenschaftler um den Nobelpreisträger Milton Friedman an der Universität in Chicago, die das lateinamerikanische Land unter diktatorischen Bedingungen zum ersten realen Großversuch des Neoliberalismus werden ließen. Gleichwohl blieb der Neoliberalismus damals im Kern ein Spezialthema wenig einflussreicher akademischer Zirkel.

Das änderte sich in den 90er-Jahren, als die Folgen jenes internationalen Politikwechsels offen zutage traten, der zu Beginn der 70er-Jahre eingeleitet worden war. Die Liberalisierung der Finanzmärkte und die Flexibilisierung der Wechselkurse der nationalen Währungen, die Intensivierung des Freihandels, der massive Rückbau der Sozialstaaten sowie eine Wirtschaftspolitik, die auf die einseitige Verbesserung der Angebotsbedingungen von Unternehmen zielt, hatten die Konturen einer neuen Wirtschafts- und Sozial(un)ordnung geformt und sichtbar werden lassen. Überall auf der Welt waren und sind die Auswirkungen des neuen Paradigmas zu spüren – wenngleich in unterschiedlicher Qualität und Quantität. Mit der neoliberalen Globalisierung vollzog sich insofern nicht nur eine Verallgemeinerung der sozialen und ökonomischen Probleme, sondern auch eine Internationalisierung der Diskussionen über die Ursachen dieser Neuordnung der Welt.

Am Ende des 20. Jahrhunderts avancierte der Neoliberalismus zur dominanten Ideologie des Kapitalismus, deren Leitsätze seither international den Referenzrahmen für die Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik vorgeben. Dabei ist

1 Vgl. z.B. Hans Peter, *Freiheit der Wirtschaft. Kritik des Neoliberalismus*, Köln 1953; Egon Edgar Nawroth, *Die Sozial- und Wirtschaftsphilosophie des Neoliberalismus*, Heidelberg 1961

der Machtanspruch des Neoliberalismus total und universell – total im Sinne einer umfassenden Entpolitisierung des Gesellschaftlichen und universell im Hinblick auf seinen globalen Geltungsanspruch. Wider diese Totalität hat sich zuletzt eine breite internationale Bewegung gegen das Vordringen neoliberaler Politiken formiert – der Neoliberalismus wurde zum negativen Inbegriff des entfesselten, global agierenden Kapitalismus. Für die Gegner der Kritiker, etwa den Leiter des Wirtschaftsressorts der *Zeit*, Uwe Jean Heuser, ist deshalb „der Begriff des Neoliberalen (...) hoffnungslos politisiert und seiner ursprünglichen Bedeutung entfremdet“ worden.² In seiner als „Einführung“ ausgegebenen Verteidigung des Neoliberalismus spricht Gerhard Willke gar vom „Elend der Neoliberalismuskritik“, um diese als völlig unangemessen erscheinen zu lassen.³

Tatsächlich hat die Popularisierung des Begriffs „Neoliberalismus“ diesen zu einem politischen Schlagwort werden lassen, dem heute verschiedenste Bedeutungen zugewiesen werden. Die einen sehen darin eine rein ideologische Bewegung, andere verstehen darunter ausschließlich die expansionistische Politik der US-amerikanischen Supermacht, und wieder andere erkennen im Neoliberalismus einen allgemeinen Trend zur Ökonomisierung der Gesellschaft. Diese Bedeutungsvielfalt ist allerdings charakteristisch für ein politisches Schlagwort und sagt zunächst nichts über die Qualität der Kritik am Neoliberalismus aus, wie dessen Verteidiger suggerieren wollen. Sie kennzeichnet auch andere Schlüsselbegriffe, z.B. die „Soziale Marktwirtschaft“, welche ihrem theoretischen Ursprung nach ein Konzept des deutschen Neoliberalismus der 1940er-Jahre war und heute im Bewusstsein der Bevölkerung mit unterschiedlichsten wohlfahrtsstaatlichen Arrangements verbunden wird.

Um ein tieferes Verständnis des Neoliberalismus zu gewinnen, bedarf es einer mehrschichtigen Betrachtung. Der folgende Überblick der historischen und theoretischen Grundlagen des Neoliberalismus beginnt mit einer Beleuchtung seiner Ursprünge. Die historische Einordnung zeigt, dass der Neoliberalismus kein abstraktes theoretisches Projekt, sondern aus spezifischen gesellschaftlichen Bedingungen heraus entstanden ist und unter veränderten Bedingungen immer wieder modifiziert und erweitert wurde. Im nächsten Schritt werden die zentralen Aspekte der neoliberalen Theorie vorgestellt, die im Kern allerdings ebenso unumstößlich sind wie das ihr zugrunde liegende Menschenbild. Abschließend widmen wir uns dem Neoliberalismus als Projekt der (Regierungs-)Praxis, seinem konkreten Programm wie seiner Strategie und Taktik.

Dass die 80-jährige Geschichte des Neoliberalismus hier nur exemplarisch und nicht in all ihren räumlichen und theoretischen Facetten diskutiert werden kann, versteht sich von selbst. Ziel ist es, wichtige Grundpositionen herauszuarbei-

2 Siehe Uwe Jean Heuser, Neoliberalismus. Ein Gespenst geht um in Deutschland, in: Merkur 9-10/2003, S. 800

3 Siehe Gerhard Willke, Neoliberalismus, Frankfurt am Main/New York 2003, S. 184 ff.

ten, wobei ein besonderes Augenmerk auf die Entwicklung des deutschen Neoliberalismus gerichtet ist. Diese spezifische Strömung, welche durch die wirtschaftlichen Aufbaujahre der frühen Bundesrepublik in den 50er- und 60er-Jahren lange Zeit großen Einfluss im neoliberalen Spektrum hatte, wird aufgrund der gegenwärtigen Dominanz der angloamerikanischen Strömung oft unterschlagen oder als völlig eigenständiger Ansatz betrachtet. Zu Recht hat der ehemalige FDP-Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff eine neoliberale Zuschreibung für Ludwig Erhard als herausragender politischer Persönlichkeit dieser Zeit reklamiert: „Wie eng sich Erhard mit den sittlichen Grundlagen liberalen Ordnungsdenkens verbunden fühlte, hat er wohl am eindrucksvollsten in seinem Bekenntnis zum ‚Neoliberalismus‘ ausgesprochen.“⁴ Unsere Analyse der neoliberalen Originalliteratur berücksichtigt insbesondere die Arbeiten Friedrich August von Hayeks, der von 1899 bis 1992 lebte: zum einen, weil er über ein halbes Jahrhundert lang eine Schlüsselfigur des Neoliberalismus war, und zum anderen, weil er wie kein anderer Wissenschaftler die intellektuelle Gesamtheit des neoliberalen Projekts verkörpert.⁵

1 Die Ursprünge des Neoliberalismus

Neoliberalismus bedeutet *neuer* Liberalismus. Aber was ist daran eigentlich neu? Und worin besteht der Bezugspunkt, der das Neue vom Alten abgrenzt? Seine Feinde sind eindeutig: der Wohlfahrtsstaat in all seinen Erscheinungsformen und mehr noch alle Spielarten des Sozialismus, der aus neoliberaler Sicht die Mutter allen Übels der Moderne ist. Sein Bezugspunkt ist der alte Liberalismus in Gestalt des Wirtschaftsliberalismus, der allerdings auch kein Freund von Staat, Politik und Sozialreformen war. Zu ihm pflegt der Neoliberalismus eine Art Hassliebe. Einerseits stützt sich der Neoliberalismus auf wesentliche Annahmen der ökonomischen Klassik, etwa im Hinblick auf die innere Funktionsweise des Marktmechanismus oder das individualistische Menschenbild. Andererseits zieht der Neoliberalismus seine Legitimität gerade aus der Abgrenzung zum alten Liberalismus eines Adam Smith, Bernhard de Mandeville oder David Hume. Seine Kritik hebt in erster Linie auf die unzureichende institutionelle Umrahmung und Sicherung des marktwirtschaftlichen Prozesses ab, die erst durch die Krisen des späten 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts sichtbar wurden. Die langfristige Durchsetzung und dauerhafte Stabilisierung der Marktgesellschaft ist deshalb das Kernanliegen des Neoliberalismus. Er stellt in diesem Sinne keine *neue* Er-

4 Otto Graf Lambsdorff, Erhard wurde bei der CDU benötigt, in: FAZ v. 5.5.2007

5 Vgl. Kurt R. Leube, Friedrich August von Hayek. Eine Würdigung von Leben und Werk, in: Schweizer Monatshefte, Sondernummer 5a/1992, S. 7 ff.

scheinung, sondern eine modernisierte und erweiterte Variante des Wirtschaftsliberalismus in der Tradition von Klassik und Neoklassik dar.

1.1 Die Weltwirtschaftskrise 1929/32 als Geburtsstunde des Neoliberalismus

Der Erste Weltkrieg steht nicht nur für den Beginn einer barbarischen Verteilungsschlacht um die ökonomische, politische und militärische Vorherrschaft in der Welt, sondern markiert auch das Ende eines wirtschaftsliberalen Zeitalters, das (besonders in Deutschland und Japan) von der Dynamik nachholender Industrialisierung und außenwirtschaftlich von einer Phase intensiver Globalisierung geprägt war.⁶ In dieser Periode stieg Deutschland seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu einer der führenden, weltmarktorientierten Wirtschaftsmächte auf. Seine innere sozioökonomische Struktur hatte sich dabei grundlegend gewandelt, weg von der autoritär-liberalen hin zu einer ordnungspolitisch neu ausgerichteten korporativen Marktwirtschaft. Der Wandel wurde deutlich an der Herausbildung neuer Institutionen, die vor allem in der Etablierung eines ersten Systems sozialer Sicherung seit den 1880er-Jahren und der Regulierung marktwirtschaftlicher Prozesse durch wirtschaftspolitischen Interventionismus bestand. Mit der Entstehung der Weimarer Republik 1918/19 wurde dieser Trend im Rahmen der ersten deutschen parlamentarischen Demokratie noch einmal verstärkt. Damit verschoben sich die politischen Kräfteverhältnisse. In der Folge wurden die sozialen Rechte ausgeweitet und erhielten erstmals Verfassungsrang. So wurde die (gesamt)wirtschaftliche und betriebliche Mitbestimmung rechtlich verankert und damit ein Stück Wirtschaftsdemokratie geschaffen.

Diese Veränderungen, bestehend aus dem allgemeinen Trend zur Korrektur unerwünschter Marktergebnisse und der prinzipiellen politischen Option, über den Parlamentarismus Einfluss auf die Ökonomie zu nehmen, bestimmten nachhaltig die wirtschaftswissenschaftlichen und -politischen Debatten der 1920er-Jahre. Hinzu kam, dass die reale ökonomische Entwicklung der Zwischenkriegszeit – verstärkt durch die Folgen des Weltkrieges (v.a. Kriegsschulden und Reparationszahlungen) – von tiefgreifenden Krisen und drastischen Inflationsraten geprägt war. Unter dem Eindruck des neuen Phänomens der Massenarbeitslosigkeit wandten sich die Staaten zunehmend vom liberalen Ideal einer weltmarktorientierten Volkswirtschaft ab und richteten den Blick auf binnenwirtschaftliche Fragen. In England unter der Führung von John Maynard Keynes, aber auch unter deutschen Wirtschaftswissenschaftlern formierte sich eine neue Schule des systematischen, makroökonomisch fundierten Interventionismus, welche darauf abzielte, die krisenhafte kapitalistische Ökonomie aktiv durch Prozesspolitik zu

6 Vgl. Werner Abelshauser, *Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945*, München 2004, 34 ff.

stabilisieren.⁷ Das musste die liberal orientierten Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler auf den Plan rufen, von denen einige schon seit den 1920er-Jahren begonnen hatten, erste Konturen eines *neuen* Liberalismus zu umreißen.⁸

Vor dem Hintergrund der Großen Depression seit Ende der 20er-Jahre, die selbst zeitgenössische Ökonomen in dieser Wucht überraschte,⁹ vollzog sich dann endgültig ein Paradigmenwechsel in Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftspolitik. Der zeitgenössische Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler Emil Lederer schrieb 1932: „Der Kapitalismus bewältigt nicht mehr die ihm von der Entwicklung gestellten Aufgaben. (...) Damit ist der Augenblick nahegerückt, in dem eine planmäßige Ordnung der gesellschaftlichen Produktivkräfte unvermeidbar wird. Eine solche ist heute – als Aufgabe – durchaus lösbar.“¹⁰ Die Weltwirtschaftskrise zwischen 1929 und 1932 bildete also nicht nur den sozial-ökonomischen Hintergrund des politischen Zerfalls der Weimarer Republik, sondern sie beendete auch den seit der Klassik herrschenden Marktoptimismus in der Ökonomie. Insofern ist von einer „Epochenbedeutung der Weltwirtschaftskrise“ zu sprechen,¹¹ in deren Gefolge die politische Gestaltung und Intervention in den Markt zur allgemeinen Richtschnur fast aller kapitalistischen Staaten wurde, die sich in der Wirtschaftspolitik ab 1936 vornehmlich auf Keynes’ „General Theory“ stützten.¹²

Ein wesentlicher Grundgedanke dieser paradigmatischen Verschiebung war ein verändertes Krisenerklärungsmuster.¹³ Seither ging man in Wissenschaft und Politik mehrheitlich von der Annahme aus, dass endogene, in der Struktur des entwickelten Kapitalismus begründete Faktoren für die Instabilitäten des Wirtschaftssystems verantwortlich sind und nicht in erster Linie exogene Faktoren, wie es die neoklassische Annahme eines an sich störungsfreien Verlaufs der Markt-

7 Vgl. David Laidler, *Fabricating the Keynesian Revolution. Studies of the Inter-war Literature on Money, the Cycle, and Unemployment*, Cambridge 1999; Gottfried Bombach u.a. (Hrsg.), *Der Keynesianismus*, Bd. II und III, Berlin/Heidelberg/New York 1976 und 1981

8 Vgl. hierzu die Darstellung verschiedener Entstehungskontexte bei Bernhard Walpen, *Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft. Eine hegemonietheoretische Studie zur Mont Pèlerin Society*, Hamburg 2004, S. 66 ff.

9 Vgl. Eric Hobsbawm, *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts* (engl. Erstausgabe 1994), München/Wien 1995, S. 115 ff.

10 Emil Lederer, *Die Weltwirtschaftskrise – eine Krise des Kapitalismus. Ursachen und Auswege* (Erstveröffentlichung 1932), in: ders., *Kapitalismus, Klassenstruktur und Probleme der Demokratie in Deutschland 1910-1940*, Göttingen 1979, S. 229 f.

11 Siehe Knut Borchardt, *Wachstum und Wechsellagen 1914-1970*, in: Hermann Aubin/Wolfgang Zorn (Hrsg.), *Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte*, Bd. 2, Stuttgart 1976, S. 710

12 Vgl. John Maynard Keynes, *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes* (engl./dt. Erstausgabe 1936), 7. Aufl. Berlin 1994

13 Vgl. Harald Mattfeldt, *Keynesianismus, Monetarismus und Demokratie*, in: *Das Argument* 145 (1984), S. 393 f.

ökonomie unterstellt. Damit war ein Analyserahmen vorgegeben, demzufolge der Kapitalismus in seiner ausgereiften Form aus sich selbst heraus zur Stagnation neigt, d.h. das Wirtschaftswachstum langfristig abflacht und möglicherweise vollständig zum Erliegen kommt. Oder anders ausgedrückt: Der Kapitalismus ist ohne umfangreiche wie systematische wirtschaftspolitische Eingriffe nicht in der Lage, das ihm zur Verfügung stehende Produktionspotenzial auszuschöpfen.

Durch diese Entwicklung geriet die bis dahin von der Neoklassik und der subjektiven Wertlehre dominierte Wirtschaftstheorie unter massiven Druck. Ihre Analyse eines normalen, wenn auch besonders ausgeprägten Verlaufs der Konjunktur in der Weltwirtschaftskrise, der sich in einem schmerzhaften Anpassungs- und Reinigungsprozess selbstregulierend auf ein neues wirtschaftliches Gleichgewicht zubewegen würde, konnte vor dem Hintergrund der Zähigkeit dieser Krise, ihrer politischen Folgen sowie der theoretischen Verschiebungen in der Nationalökonomie kaum mehr aufrechterhalten werden. „Denn die Lektion, daß der liberale Kapitalismus der Vorkriegsjahrzehnte tot war“, so der britische Historiker Eric Hobsbawm, „wurde fast überall in der Epoche der beiden Weltkriege und der Weltwirtschaftskrise selbst von denen begriffen, die sich weigerten, ihm ein neues theoretisches Etikett anzuhängen. Seit den frühen 30er Jahren waren die geistigen Wortführer einer reinen Marktwirtschaft 40 Jahre lang eine isolierte Minderheit, einmal abgesehen von vielen Geschäftsleuten, deren Horizont es schon immer schwermgemacht hat, das wohlverstandene Interesse ihres Systems insgesamt zu sehen.“¹⁴ Allerdings, so ließe sich ergänzen, war die fundamentale Niederlage des Wirtschaftsliberalismus zugleich der Ausgangspunkt einer langfristig ausgerichteten Gegenbewegung der Marktradikalen, die sich nun endgültig als Neoliberalismus zu formieren begann.

1.2 Erste Formierungen des Neoliberalismus

Die Entstehung des Neoliberalismus ist insofern auch eine Reaktion auf den global aufblühenden Keynesianismus, der in den westlichen Industrienationen vornehmlich als sozialdemokratische Reformpolitik Verbreitung fand. Die Antwort der liberalen Kritiker orientierte sich an Altbekanntem. Auf das offensichtliche Scheitern des Wirtschaftsliberalismus reagierte der *neue* Liberalismus mit einer erweiterten Neuauflage der exogenen (neo)klassischen Krisenerklärung, nach der allein äußere Faktoren – und nicht der Marktmechanismus selbst – für die Krise verantwortlich seien. Statt Marktversagen wurde die These vom Staats- und Politikversagen ins Zentrum der Analyse gerückt, die zur Kernaussage des

14 Eric Hobsbawm, *Das imperiale Zeitalter 1875-1914* (engl./dt. Erstausgabe 1987/89), Frankfurt am Main 1995, S. 418

neoliberalen Programms werden sollte. Diese Bewegung lässt sich gerade an der Entwicklung in Deutschland beispielhaft verdeutlichen. Dort formierte sich der Neoliberalismus, später aufgrund seiner ordnungspolitischen Präferenzen als „Ordoliberalismus“ bezeichnet, in offener Gegnerschaft zur Weimarer Republik.

Ein scharfer Angriff der wirtschaftsliberalen Ökonomen Walter Eucken und Alexander Rüstow auf die Weimarer Republik bildete den Gründungsakt des deutschen Neoliberalismus. Eucken führte die Weltwirtschaftskrise in einem 1932 erschienenen Aufsatz maßgeblich auf den Einfluss der „chaotischen Kräfte der Masse“ in Staat und Gesellschaft zurück.¹⁵ Dieser Einfluss habe, so die Argumentation, den Interventionsstaat heraufbeschworen und damit die Kräfte des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs zum Erliegen gebracht. Verantwortlich für die Erlahmung der Wirtschaft und die Massenarbeitslosigkeit sei die Entwicklung zu einem Staat, der zur „Beute“ von „geringen Interessenhaufen“ werde.¹⁶ Auch Alfred Müller-Armack, später Staatssekretär von Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard, sah im „interventionistische(n) Parteienstaat“ der Weimarer Republik die eigentliche Ursache des Verfalls der gesellschaftlichen Ordnung.¹⁷

Als Lösung des Problems favorisierten die neoliberalen Protagonisten in Deutschland – wohlgemerkt: 1932, vor dem Hintergrund des Aufstiegs der NSDAP – einen „starken Staat“, der mit großer Machtfülle ausgestattet einem übergeordneten Gesamtinteresse Geltung verschaffen sollte, um so den Einfluss der Parteien und Gewerkschaften zurückzudrängen. Rüstow erwog gar die Außerkräftsetzung der gerade erst geschaffenen Demokratie, indem er in Anlehnung an den führenden Staatsrechtler im Nationalsozialismus, Carl Schmitt, „eine befristete Diktatur“ empfahl, „sozusagen eine Diktatur mit Bewährungsfrist.“¹⁸ Zweck dieses *starken* Staates sollte es sein, den Einflussbereich des Parlaments durch eine Trennung der beiden Sphären Wirtschaft und Gesellschaft massiv zu begrenzen und so wirtschaftspolitische Eingriffe zur Beeinflussung der Marktprozesse und ihrer Ergebnisse zu unterbinden. Sieht man einmal von der offenen Sympathie für ein (befristetes) diktatorisches Element ab, hat diese Art der Krisenanalyse bis in die Gegenwart Gültigkeit für die deutschen Neoliberalen.¹⁹ Die

15 Siehe Walter Eucken, Staatliche Strukturwandlungen und die Krisis des Kapitalismus; in: Weltwirtschaftliches Archiv 2/1932, S. 312

16 Siehe Alexander Rüstow, Interessenpolitik oder Staatspolitik, in: Der deutsche Volkswirt 6/1932, S. 171

17 Siehe Alfred Müller-Armack, Entwicklungsgesetze des Kapitalismus. Ökonomische, geschichtstheoretische und soziologische Studien zur modernen Wirtschaftsverfassung, Berlin 1932, S. 197

18 Siehe Alexander Rüstow, Diktatur innerhalb der Grenzen der Demokratie. Dokumentation des Vortrages und der Diskussion von 1929 an der „Deutschen Hochschule für Politik“, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1/1959, S. 91

19 Vgl. z.B. die Vorbemerkung der Schriftleitung des ORDO, dem Theorieorgan des Ordoliberalismus, zum Wiederabdruck des Aufsatzes von Walter Eucken von 1932, in: ORDO, Bd. 48 (1997), S. 3 f.

Kritik am ausufernden und fehlenden Interventionsstaat ist eine allgegenwärtige Grundfigur der neoliberalen Ideologie, die eng mit der Kritik an der parlamentarischen Demokratie verknüpft ist. Aber dazu später mehr.

Nachdem zu Beginn der 1930er-Jahre erste Problemstellungen des *neuen* Liberalismus aus einer staatstheoretischen, demokratiekritischen und kulturpessimistischen Perspektive benannt waren, formierte sich der deutsche Ordoliberalismus während des Nationalsozialismus allmählich zu einer wirtschaftswissenschaftlichen Richtung, die sich das Ziel setzte, allgemeingültige Ordnungsgrundsätze für eine Wirtschaftspolitik in der Marktwirtschaft zu formulieren – durchaus mit Blick auf die gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Der Kreis um Eucken wurde zum Ausgangspunkt und theoretischen Rückgrat des deutschen Ordoliberalismus. Da sein räumliches Zentrum in Freiburg (Breisgau) lag, ging er als „Freiburger Schule“ in die ökonomische Theoriegeschichte ein. Während die „Freiburger“ in den 1930er-Jahren die Grundlagen einer Theorie der Wettbewerbsordnung entwickelten, arbeiteten Alfred Müller-Armack sowie die Exilanten Alexander Rüstow und Wilhelm Röpke am Programm einer „widergelegerten Gesellschaftspolitik“ zur Stabilisierung der Marktwirtschaft.²⁰ Obwohl in dieser Entstehungsphase nur wenig unmittelbare personelle Verbindungen zwischen den verschiedenen Strängen des Ordoliberalismus bestanden, gelang es den Kreisen um Eucken, Röpke und Müller-Armack doch, sich und ihre Ideen nach 1945 als eine recht homogene Richtung zu präsentieren. Tatsächlich hat der deutsche Ordoliberalismus das erste relativ geschlossene marktwirtschaftliche Programm des Neoliberalismus vorgelegt. Nicht zuletzt deshalb war er damals in Westdeutschland so erfolgreich.²¹

Der Neoliberalismus war allerdings von Beginn an eine *internationale* Bewegung, die sich über die entwickelten kapitalistischen Staaten ab den 1960er-Jahren auch in Entwicklungs- und Schwellenländern ausbreitete. Neben Deutschland formierten sich erste neoliberale Strömungen während der 1930er-Jahre vor allem in Österreich, England, Frankreich und den USA. 1937 erschien vom liberalen US-amerikanischen Publizisten Walter Lippmann mit „An Inquiry into the Principles of the Good Society“, kurz als „Good Society“ bezeichnet, ein Buch, das Grundzüge eines erneuerten Liberalismus umriss und international viel Beachtung fand. Lippmann war auch der Namensgeber eines ersten internationalen Kolloquiums 1938 in Paris,²² das maßgebliche Vertreter der neuen Richtung versammelte, darunter die später führenden Köpfe des angloamerikanischen Neoliberalismus, Friedrich August von Hayek und Ludwig von Mises, aber auch die Ordoliberalen

20 Siehe Wilhelm Röpke, *Civitas Humana* (1. Aufl. 1944), 2. Aufl. Erlenbach-Zürich 1946, S. 85

21 Vgl. Ralf Ptak, *Vom Ordoliberalismus zur Sozialen Marktwirtschaft. Stationen des Neoliberalismus in Deutschland*, Opladen 2004, S. 133 ff.

22 Vgl. zum Colloque Walter Lippmann ausführlich: Bernhard Walpen, *Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft*, a.a.O., S. 55 ff.

Röpke und Rüstow. Im Mittelpunkt ihrer Diskussionen stand die Aufarbeitung der Krise des (Wirtschafts-)Liberalismus, also letztlich die Frage, ob und wie sein Niedergang zu stoppen ist. Konkrete Themen waren u.a. das Problem der Monopole, die Folgen von Spekulationen auf Märkten, der Einfluss der Gewerkschaften und die Aufgaben des liberalen Staates. Im Rahmen des Kolloquiums wurde dann der Begriff des Neoliberalismus im heutigen Verständnis eingeführt.

Die Bemühungen um eine internationale Vernetzung und Formulierung einer ersten Agenda des Neoliberalismus wurden zunächst durch den Krieg unterbrochen. Im Frühjahr 1947 gründete sich unter der Führung von Hayek die nach ihrem Schweizer Tagungsort benannte *Mont Pèlerin Society* (MPS), die als Verein in den USA (Illinois) eingetragen ist. Die MPS entwickelte sich in der Folge zum bedeutendsten neoliberalen Elitenetzwerk der Welt mit gegenwärtig an die 1 000 Mitgliedern aus allen Kontinenten und etwa 100 vernetzten Denkfabriken. Als knappe programmatische Grundlage diente das 1947 vereinbarte „Statement of Aims“, das neben wirtschaftsliberalen Prinzipien wie Privateigentum, Wettbewerb und individueller Freiheit die Notwendigkeit einer neuen Rolle des Staates betont, aber auch die Rückbesinnung auf das liberale Verständnis von Rechtsstaatlichkeit (in Abgrenzung zum Interventionsstaat) beinhaltet.²³ Bernhard Walpen resümiert in seiner umfangreichen Untersuchung zur MPS: „Das vom britischen Ökonomen Lionel Robbins verfasste Statement ist die breiteste Plattform des Neoliberalismus. Es fand die Zustimmung der bedeutendsten Vertreter, sogar der beiden inhaltlich am weitesten auseinander liegenden Theoretiker Alexander Rüstow und Ludwig von Mises.“²⁴

1.3 Das neoliberale Selbstverständnis

Was Walpen hier andeutet, verweist auf die große programmatische wie strategisch-taktische Bandbreite des Neoliberalismus. Entgegen der gerade in Europa verbreiteten Annahme, der Neoliberalismus kennzeichne eine bestimmte Form des angloamerikanischen Kapitalismus, ist er weder eine rein US-amerikanische Erfindung noch eine neue Erscheinung. Im Gegenteil liegen die Wurzeln für eine Modernisierung des Liberalismus – wie gezeigt wurde – in verschiedenen Ländern, nicht zuletzt in Europa und hier vor allem in Österreich und Deutschland. Daraus entwickelten sich verschiedene Hauptströmungen des akademischen Neoliberalismus, die als theoretische Stichwortgeber bis in die Gegenwart von Bedeutung sind: zum einen die durch die „Österreichische Schule“ (auch „Wiener Schule“ genannt) um Ludwig von Mises und Friedrich August von Hayek

23 Vgl. Ronald Max Hartwell, *A History of the Mont Pèlerin Society*, Indianapolis 1995, S. 41 ff.

24 Bernhard Walpen, *Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft*, a.a.O., S. 64

sowie die „Chicago School“ um Milton Friedman geprägte angloamerikanische Variante; zum anderen die „Freiburger Schule“ und der Ordoliberalismus, die einen deutschen bzw. kontinentaleuropäischen Weg des Neoliberalismus prägen konnten. Im Laufe der Jahre kamen neue Strömungen hinzu, etwa die Theorie kollektiver Entscheidungen (*Public-Choice-Ansatz*), die Theorie rationaler Entscheidungen (*Rational-Choice-Ansatz*) oder die Theorie der Eigentumsrechte (*Property-Rights-Ansatz*).

Insofern kann man weder von *dem* Neoliberalismus noch von einer *geschlossenen* theoretisch-ideologischen Konzeption des Neoliberalismus sprechen. Vielmehr haben sich vor dem Hintergrund unterschiedlicher staatstheoretischer Leitbilder, verschiedener Traditionen des Liberalismus sowie länderspezifischer Entwicklungen in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften nationale und auf den Zeitgeist abgestimmte Richtungen herausgebildet, die in bestimmten historischen Situationen nach Maßgabe der jeweiligen gesellschaftlichen Bedingungen mit unterschiedlichem Erfolg Einfluss auf Regierungsentscheidungen zu nehmen versuchten. Hayek hat diese Wandlungsfähigkeit des Neoliberalismus, die Teil seiner evolutionären Betrachtung von Gesellschaft und Wirtschaft ist, bereits 1944 hervorgehoben: „Die Grundsätze des Liberalismus enthalten keine Elemente, die ihn zu einem starren Dogma machten, und es gibt keine strengen Regeln, die ein für allemal festständen. Das Hauptprinzip, wonach wir uns in allen Stücken so weit wie möglich auf die spontanen Kräfte der Gesellschaft stützen und so wenig wie möglich zu Zwangsmaßnahmen greifen sollten, kann in der Anwendung unendlich variiert werden.“²⁵

Insgesamt stellt der Neoliberalismus eine durchaus heterogene internationale Strömung der Wirtschafts- und Gesellschaftstheorie dar, deren verbindendes Ziel, eine zeitgemäße Legitimation für eine marktwirtschaftlich dominierte Gesellschaft zu entwerfen und durchzusetzen, unter verschiedenen politischen und ökonomischen Bedingungen verfolgt wurde und wird. Es zeigt sich, „dass der Neoliberalismus selbst kein Singular, sondern ein Plural ist, der über einer Basis gemeinsamer Grundbestandteile sehr vielfältige Ausprägungen kennt. (...) Er bildet ein widersprüchliches Ensemble von wissenschaftlichen, insbesondere ökonomischen Theorien, staatlichen und zivilgesellschaftlichen Politikformen, Konzernstrategien und Selbst-Praktiken.“²⁶ Gerade diese Flexibilität hat sich historisch als große Stärke des neoliberalen Projekts erwiesen.

25 Friedrich August von Hayek, *Der Weg zur Knechtschaft* (engl./dt. Erstausgabe 1944/45), München 1971, S. 36 f.

26 Dieter Plehwe/Bernhard Walpen, *Wissenschaftliche und wissenschaftspolitische Produktionsweisen im Neoliberalismus. Beiträge der Mont Pèlerin Society und marktradikaler Think Tanks zur Hegemoniegewinnung und -erhaltung*, in: PROKLA 115 (1999), S. 206

Ein weiteres Kernelement des neoliberalen Selbstverständnisses ist sein ausgeprägtes Freund-Feind-Denken. Mises hatte schon Anfang der 1920er-Jahre begonnen, mit scharfer Polemik die sowjetische Planwirtschaft und gemeinwirtschaftliche Ansätze in den westlichen Industrieländern gleichermaßen zu attackieren.²⁷ In der Nachkriegszeit sollte diese antisozialistische Grundhaltung zum Fixpunkt der neoliberalen Formierung werden, bei der vor allem Röpke und Hayek die Leitlinien im Kampf gegen den „Kollektivismus“ vorgaben. Für die Neo- und Ordoliberalen, ausgestattet mit dem Selbstverständnis einer militärischen Formation, verlief hier die entscheidende Frontlinie im Kampf um die zukünftige Wirtschaftsordnung im Nachkriegsdeutschland: „So befinden wir uns in der Lage einer Armee, die einen Teil ihrer Schützengräben im Angesicht des Feindes ausbauen muß – eine Lage, die uns höchste Eile und Arbeitsintensität zur Pflicht macht.“²⁸ In seinem berühmten Buch „Der Weg zur Knechtschaft“, dem wichtigsten neoliberalen Werk der Nachkriegszeit, sprach Hayek vom „ideologischen Krieg“, in dem „wir die *anständig gesinnten* Elemente in den *feindlichen* Ländern für uns gewinnen wollen“.²⁹

Im Mittelpunkt des politisch-ideologischen Angriffs stand die als Kampfbegriff verwendete Formel des „Kollektivismus“. Darunter fasste Röpke praktisch die Gesamtheit der politischen und ideologischen Bewegungen und Phänomene des 20. Jahrhunderts, die er für die wirtschaftlichen Krisen ebenso verantwortlich machte wie für die beiden Weltkriege. „Die Verantwortung für das Wirtschaftsleben dem Staate anvertrauen, heißt: Kollektivismus“, so Röpke 1948 in einem diffusen Definitionsversuch.³⁰ Der „Kollektivismus“ stand begrifflich insoweit für ein völlig indifferentes Bündel gesellschaftlicher und politischer Erscheinungen, einzig und allein zusammengeführt durch die Negation des Individualismus. Die ideologische Funktion war dafür umso deutlicher, ging es doch darum, Nationalismus und Sozialismus in unmittelbare Beziehung zueinander zu setzen.³¹ Die sozialistische Planwirtschaft wurde ebenso wie die keynesianische Vollbeschäftigungspolitik mit der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft identifiziert.

Gesamtwirtschaftliche Planung – in welcher Form auch immer – musste zwangsläufig, so lautet(e) die Botschaft aller Neoliberalen, in einer Gesellschaft voller Unfreiheit, Gewalt und Zwang, letztlich in einer Diktatur enden. „Kollektivistische Wirtschaft kann immer nur Kommandowirtschaft und nichts anderes sein,

27 Vgl. z.B. Ludwig von Mises, Die Gemeinwirtschaft: Untersuchungen über den Sozialismus, Jena 1922

28 Alexander Rüstow, Marktwirtschaft und Demokratie; in: ASU (Hrsg.), Unternehmer, Marktwirtschaft und Sozialpolitik. Schriftenreihe „Der selbständige Unternehmer“, Heft 3, Frankfurt am Main 1951, S. 38

29 Siehe Friedrich August von Hayek, Der Weg zur Knechtschaft, a.a.O., S. 270 (Hervorh. R.P.)

30 Wilhelm Röpke, Die Ordnung der Wirtschaft, Frankfurt am Main 1948, S. 8

31 Vgl. Friedrich August von Hayek, Der Weg zur Knechtschaft, a.a.O., S. 21 und S. 210 ff.

daran ist nichts zu rütteln.“ Darin sah Röpke zugleich den „schlechthin entscheidende(n) Einwand gegen jeden Kollektivismus: Er bedeutet unerträgliche Staatsallmacht, gerade weil es an der notwendigen Allwissenheit des Staates fehlt, und er ist mit einer liberal-demokratischen Struktur der Gesellschaft schlechthin unvereinbar, so sehr, dass er nur mit Hilfe eines totalitären, autokratischen Staates zu verwirklichen ist.“³² Dies ist auch gemeint, wenn Hayek vom „Weg zur Knechtschaft“ spricht und das Buch den „Sozialisten in allen Parteien“ widmet.

Schon hier wird deutlich, dass der „Kollektivismus“-Vorwurf von Röpke und Hayek letztlich für die Übertragung des Totalitarismus-Ideologems (der Gleichsetzung von sozialistischen Bewegungen bzw. Parteien und Nationalsozialismus) auf den wirtschaftspolitischen und -wissenschaftlichen Raum, gewissermaßen für „die ökonomische Variante der Totalitarismustheorie“,³³ stand. Den Neoliberalen ging und geht es nicht um eine rationale wissenschaftliche Debatte, sondern um die Herabsetzung und Diskreditierung des Gegners an der politisch-ökonomischen Front. Seine Dynamik und einen beträchtlichen Teil seiner Identität bezieht der Neoliberalismus, so der emeritierte Berliner Ökonom Hajo Riese, „aus seiner Opposition gegen wesentliche Zeitströmungen (...). Diese Frontstellung erklärt sein kämpferisches Element.“³⁴ Die Neoliberalen betrachten sich als einsame, unerschrockene Kämpfer gegen die Skeptiker und Kritiker des freien Marktes. Viele der originären neoliberalen Publikationen zeugen von einem Selbstbezug, der bisweilen autistische Züge annimmt. Zu Recht weist der katholische Sozialethiker Egon Edgar Nawroth in seiner fundierten Untersuchung zu den wirtschafts- und sozialphilosophischen Grundlagen des Neoliberalismus darauf hin, „daß es den Neoliberalen nicht so sehr um eine ernsthafte Diskussion der aufgeworfenen Probleme, sondern mehr oder weniger um ein Gespräch zwischen den eigenen vier Wänden geht, das sich im Wesentlichen darin erschöpft, die eigenen Thesen ständig zu wiederholen und grundsätzliche Einwände mit Schweigen zu übergehen.“³⁵

Aus dieser kämpferischen und gleichermaßen dogmatischen Haltung folgt ein weiteres Moment, das für das Verstehen des Neoliberalismus von Bedeutung ist: seine disziplinübergreifende und langfristige Orientierung. Neoliberalismus ist mehr als eine Wirtschaftstheorie, die ökonomische Vorgänge aus einer marktwirtschaftlichen Perspektive beobachtet, analysiert und prognostiziert. In ihm bündeln sich – ausgehend vom ökonomischen Zentrum – philosophische, rechts- und politikwissenschaftliche, soziologische und historische Stränge zu einem strategischen

32 Wilhelm Röpke, *Civitas Humana*, a.a.O., S. 62 f.

33 Siehe Elmar Altvater, *Der gar nicht diskrete Charme der neoliberalen Konterrevolution*, in: *PROKLA* 44 (1981), S. 23

34 Hajo Riese, *Ordnungsidee und Ordnungspolitik – Kritik einer wirtschaftspolitischen Konzeption*, in: *Kyklos*, Vol. XXV (1972), S. 27

35 Egon Edgar Nawroth, *Die Sozial- und Wirtschaftsphilosophie des Neoliberalismus*, a.a.O., S. 18

Projekt der Durchsetzung einer individualistischen Marktgesellschaft. Hier haben die Neoliberalen von Beginn an Realismus bewiesen, indem sie ihr Projekt auf Jahrzehnte anlegten. Das erforderte nicht nur die Entwicklung einer glaubhaften Utopie im Sinne von Lippmanns „Good Society“, sondern auch eine Strategie zur langfristigen Beeinflussung von Staat und Öffentlichkeit. Aber widmen wir uns zunächst dem theoretischen Rahmen des Neoliberalismus.

2 Markt, Staat und Wettbewerb in der neoliberalen Theorie

Um den Neoliberalismus theoretisch einordnen zu können, ist es zunächst wichtig, einen kurzen Blick auf sein Verhältnis zur Klassik und zur Neoklassik zu werfen. Für die Glaubwürdigkeit eines *neuen* Liberalismus war es unabdingbar, ein theoretisches Programm zu entwerfen, das sich von seinen Vorläufern unterscheidet. Der schmale Grat, auf dem sich der neu formierte Liberalismus bewegen konnte, wurde von Wilhelm Röpke schon 1942 klar umrissen: „Der Kampf gegen den Kollektivismus (...) hat ja nur dann greifbare Erfolgsaussichten, wenn es uns gelingt, das liberale Prinzip so zu reaktivieren, daß wir für alle heute offenen Schäden, Ausfallerscheinungen und Fehlleistungen des *historischen* Liberalismus und Kapitalismus befriedigende Lösungen finden, ohne damit die innere Struktur des marktwirtschaftlichen Konkurrenzsystems und die Funktionsfähigkeit unseres Wirtschaftssystems anzutasten.“³⁶

2.1 Klassischer Wirtschaftsliberalismus, Neoklassik und Neoliberalismus

Gegenüber dem klassischen Wirtschaftsliberalismus grenzt sich der Neoliberalismus in erster Linie durch seine Kritik am Laissez-faire-Grundsatz ab. Der von den Erfindern des Wirtschaftskreislaufes, den französischen Physiokraten, im Absolutismus geprägte Begriff „Laissez-faire“ steht für eine freie Entfaltung des wirtschaftlichen Geschehens ohne jedwede staatliche oder sonstige Eingriffe. Man solle die Dinge einfach laufen lassen, hieß es. Dieses Bild, das sich an ersten Erkenntnissen der Naturwissenschaft über die Eigenschaften des Blutkreislaufes orientierte, prägte das Denken der liberalen Klassiker in Bezug auf ihr Verhältnis von Staat und Wirtschaft. Sie bezeichneten die freie Marktwirtschaft in Anlehnung an Gottfried Wilhelm Leibniz als eine „prästabilisierte Harmonie“. Dennoch akzeptierten auch die Klassiker in der Praxis bestimmte Staatseingriffe. So kam das harmonische Bild einer Marktwirtschaft bei Adam Smith nicht ohne staatliche

36 Wilhelm Röpke, *Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart* (1. Aufl. 1942), 6. Aufl. Bern/Stuttgart 1979, S. 286 (Hervorh. im Original)

Regulierungen aus, denn auch sein begrenzter „Nachtwächterstaat“ musste über Steuern finanziert werden, um die Aufgaben der Verwaltung, Rechtsstaatlichkeit (zur Sicherung des Eigentums), Sicherheit und Bildung zu gewährleisten.

Aber für das Gros der Neoliberalen – eine Ausnahme bildet der einflussreiche Ludwig von Mises – unterschätzte die Klassik die ordnende Lenkung des Staates für das Funktionieren und die Stabilisierung des Marktmechanismus. Selbst der Mises-Schüler Friedrich August von Hayek sieht hierin einen Fehler: „Nichts dürfte der Sache des Liberalismus so sehr geschadet haben wie das starre Festhalten einiger seiner Anhänger an gewissen groben Faustregeln, vor allem an dem Prinzip des Laissez-faire.“³⁷ Mit noch deutlicherem Akzent kritisierten die deutschen Neoliberalen die Zurückhaltung des Staates bei der Gestaltung des Marktes. „Wir wissen“, heißt es bei Walter Eucken, „daß sowohl die Wirtschaftspolitik im Zeitalter des Laissez-faire als auch in der folgenden Epoche der Experimente die Bedeutung und die Schwierigkeit des Problems, dem Wirtschaftsprozess eine zureichende Lenkung zu geben – ein Problem, das mit der Industrialisierung in ein ganz neues Stadium eintrat – unterschätzte.“³⁸ In seiner 1950 in der Zeitschrift „ORDO“ erschienenen Hommage an den verstorbenen Kollegen Eucken bezeichnete es Franz Böhm, der später zu einem der einflussreichsten Wirtschaftspolitiker der CDU wurde, als den „entscheidendste(n) Fehler der Klassiker“, dass sie „den Anteil der bewußten Kulturleistung an der Entfaltung der vorgegebenen Ordnungsmöglichkeiten weit unterschätzt“ hätten.³⁹ Alexander Rüstow, der am weitesten sozialliberal ausgerichtete deutsche Neoliberale, warf den Klassikern zudem vor, von einer sich selbst realisierenden sozialen Harmonie der Marktwirtschaft auszugehen, weshalb er die Klassik abfällig als „Paläoliberalismus“ bezeichnete.⁴⁰ So konnte der Neoliberalismus sein Konzept als „Dritten Weg“ zwischen Laissez-faire-Liberalismus und kollektivistischem Sozialismus präsentieren.

Auch mit der Neoklassik, der bis heute standardmäßigen Lehrbuchökonomie, verbinden den Neoliberalismus sowohl weitreichende Übereinstimmungen als auch deutliche Distanz. Die Neoklassik hat sich ursprünglich von der Klassik dadurch abgesetzt, dass sie deren (Arbeits-)Wertlehre ablegte und auf Grundlage der Grenznutzenschule den subjektiven Nutzen der Konsument(inn)en im Angebot-Nachfrage-Modell ins Zentrum rückte. Damit liegt der Schwerpunkt ihrer

37 Friedrich August von Hayek, *Der Weg zur Knechtschaft*, a.a.O., S. 37

38 Walter Eucken, *Grundsätze der Wirtschaftspolitik* (1. Aufl. 1952), 6. Aufl. Tübingen 1990, S. 254

39 Siehe Franz Böhm, *Die Idee des ORDO im Denken Walter Euckens*. Dem Freunde und Mit Herausgeber zum Gedächtnis, in: *ORDO*, Bd. 3 (1950), S. XLVIII

40 Vgl. Alexander Rüstow, *Paläoliberalismus, Kommunismus, Neoliberalismus*, in: Franz Greiß/Fritz W. Meyer (Hrsg.), *Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur*. Festgabe für Alfred Müller-Armack, Berlin 1961, S. 61 ff.

Analyse auf dem Mechanismus des Austauschs ökonomischer Güter (in einem sehr weit gefassten Sinne) zwischen voneinander unabhängigen individuellen Entscheidungseinheiten – im Gegensatz zur klassischen Ökonomie, die sich in erster Linie auf das Problem der Produktion und Verteilung des „Wohlstand(s) der Nationen“ (Adam Smith) konzentrierte. Vereinfacht könnte man von einer Theorie des Tausches sprechen, in der mit strengen mathematischen Methoden optimale Marktzustände in Gestalt von Gleichgewichtsmodellen konstruiert werden. Der perfekte Zustand einer Marktwirtschaft ist das Konstrukt einer vollständigen oder auch vollkommenen Konkurrenz, in der vielen Nachfragern viele Anbieter gegenüberstehen, die dabei über optimale Informationen und damit Markttransparenz verfügen, sodass ein gleichgewichtiges, effizientes Marktergebnis zustande kommt.

Der Charme dieser „Markt-Märchen“⁴¹ liegt darin, die Ökonomie als ein abstraktes, quasi neutrales Feld zu präsentieren, das ohne Bezug auf Zeit und Raum Universalität suggeriert und die Wirtschaftswissenschaft zu einer entpolitisierten Zone werden lässt. Ihr Realitätsbezug ist – zurückhaltend formuliert – gering, weshalb Michael Krätke der Neoklassik zu Recht Züge einer modernen Religiosität attestiert.⁴² Scheinbare Exaktheit und der hohe Grad an Formalität sollen das Modell unangreifbar machen, nicht zuletzt, weil es durch die stringente Mathematisierung selbst für viele Wissenschaftler/innen und Wirtschaftspraktiker/innen nur schwer nachvollziehbar ist. Manche Neoliberalen – nicht zuletzt die Ordoliberalen – haben diese Vorstellung eines perfekten Wettbewerbs lange Zeit geteilt.

So benennt Walter Eucken in seinen „Grundsätzen der Wirtschaftspolitik“, die bis heute als Lehrbuch im deutschsprachigen Raum große Verbreitung finden, als erstes konstitutives Prinzip der zu verwirklichenden Wettbewerbsordnung, dass „die Herstellung eines funktionsfähigen Preissystems vollständiger Konkurrenz zum wesentlichen Kriterium jeder wirtschaftspolitischen Maßnahme gemacht wird.“⁴³ Dabei war Eucken natürlich bewusst, dass die vollständige Konkurrenz lediglich ein theoretisches Ziel ist, dem man sich in der realen Wirtschaftspolitik nur begrenzt annähern kann, was ihn allerdings nicht daran hinderte, den neoklassischen Idealzustand von Wettbewerb zum Orientierungspunkt zu erklären. Seit den 1970er-Jahren haben die meisten Neoliberalen von dieser mechanischen Vorstellung eines perfekten Wettbewerbs jedoch Abstand genommen und sich dem angloamerikanischen Konzept eines dynamischen Wett-

41 Siehe Claus Peter Ortlieb, Markt-Märchen. Zur Kritik der neoklassischen akademischen Volkswirtschaftslehre und ihres Gebrauchs mathematischer Modelle, in: EXIT! 1/2004, S. 166 ff.

42 Vgl. Michael R. Krätke, Neoklassik als Weltreligion, in: Kritische Interventionen 3. Die Illusion der neuen Freiheit, Hannover 1999, S. 100 ff.

43 Siehe Walter Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, a.a.O., S. 254

bewerbs angeschlossen. Schnittpunkte zwischen Neoliberalen und Neoklassikern bestehen neben der grundsätzlichen Übereinstimmung im Hinblick auf die positive Lenkungswirkung der Marktwirtschaft in weiteren Grundfragen, so in der Konzentration auf die Analyse von Tauschvorgängen oder in der Preisbestimmung durch die relative Knappheit der Ressourcen.

Ein Widerspruch zwischen den beiden Lehren besteht dagegen in der Legitimation des Marktes. Im neoklassischen Denken wird die Überlegenheit der Marktwirtschaft mit ihrer technisch-organisatorischen Effizienz begründet. Die Marktwirtschaft sei deshalb eine ideale Wirtschaftsform, weil sie durch die optimale Kombination der Produktionsfaktoren für das bestmögliche Ergebnis unter der Bedingung relativer Knappheit sorgen kann. Dieses Effizienz-Argument beruht im Ursprung auf einem utilitaristischen (d.h. nutzenorientierten) Verständnis menschlichen Handelns. Demnach sind Menschen stets ihren individuellen Nutzen maximierende Wesen, die mit einer in sich konsistenten wie statischen Präferenzstruktur ausgestattet sind. In der Theorie wird so aus dem Homo sapiens der „Homo oeconomicus“, der sich seiner Präferenzen und Interessen bewusst ist und stets danach handelt, weil er über die rationalen Fähigkeiten einer effektiven Umsetzung verfügt.⁴⁴ Aus der Summe aller Einzelnutzen ergibt sich dann ein gesellschaftlicher Gesamtnutzen, dessen Maßstab die berühmte Grundregel des Utilitarismus von Jeremy Bentham ist: „das größte Glück der größten Zahl“.

Der Neoliberalismus steht in zweifacher Hinsicht im Widerspruch zum neoklassischen Effizienzverständnis:

1. will er das Kosten-Nutzen-Kalkül nicht auf die ökonomische Sphäre begrenzt wissen, sondern es auf alle Bereiche des menschlichen Verhaltens ausdehnen. Dieser „ökonomische Imperialismus“ findet sich im *Rational-Choice-Ansatz*, der insbesondere durch die Arbeiten des Nobelpreisträgers Gary S. Becker geprägt wurde.⁴⁵ Danach sind selbst private zwischenmenschliche Beziehungen letztlich nichts anderes als ein Tauschverhältnis. Ökonomischer Imperialismus – der Begriff stammt von Becker selbst – steht für ein Denken, das den Menschen und seine sozialen Beziehungen vollständig ökonomisiert und damit Marktverhältnisse totalisiert. Eine weitere Radikalisierung des Ökonomischen erfolgt im Rahmen des *Public-Choice-Ansatzes*. Darin wird das politische System in Gestalt der Demokratie als eine marktähnliche Institution aufgefasst, in der die Interessen der Politiker/innen einerseits und der Wäh-

44 Vgl. Ole Marquardt/Mario Candeias, Stichwort homo oeconomicus, in: Wolfgang Fritz Haug (Hrsg.), *Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Bd. 6/1, Berlin 2004, S. 501 ff.

45 Vgl. Gary S. Becker, *Der ökonomische Ansatz zur Erklärung menschlichen Verhaltens* (engl. Erstausgabe 1976), Tübingen 1982

ler/innen andererseits in einer Angebots-Nachfrage-Konstellation zueinander stehen. Mit dieser Analyse der Politik als Quasi-Marktbeziehung erweitern die Neoliberalen die alte wirtschaftsliberale These vom Staatsversagen. Zugleich richtet sich der Neoliberalismus damit gegen die von der Neoklassik eingeräumte Möglichkeit eines Marktversagens, das ggf. durch staatliche Akteure beseitigt werden muss. „In der ‚Marktversagens‘-Lehre wird der Staat, verkörpert durch das demokratische Gemeinwesen, als die Institution angesehen, die ‚Marktversagen‘ korrigiert“, schreibt der Neoliberale Christian Watrin. „Dabei wird übersehen, dass unter realistischen Annahmen im demokratischen Prozess selbst externe Effekte entstehen.“ Insofern könne „der politische Prozess einzelnen Bürgern Kosten auferlegen, die in Analogie zu denjenigen zu sehen sind, die sich auf dem Markt als externe Effekte ergeben.“⁴⁶ Wenn aber die (staatliche) Politik dieselben Defekte hat wie ein Markt, ist es aus neoliberaler Sicht in jedem Fall sinnvoller, auf den Marktmechanismus zurückzugreifen, da er als effizientes Informationssystem die relativ beste Option zur Koordinierung gesellschaftlicher Belange darstellt.

2. widerspricht das Verständnis einer technischen Effizienz von Marktwirtschaft der (sozial)philosophischen Einbettung der Ökonomie, die ein konstitutives Moment des Neoliberalismus bildet. Schließlich ist die neoklassische Effizienz an eine gesellschaftliche Wohlfahrtsfunktion gebunden, die sich an konkreten wirtschaftlichen Ergebnissen (Output) orientiert, die messbar sein müssen. Das ist schon methodisch ein Problem und selbst mit erheblicher mathematischer Abstraktion nicht lösbar.⁴⁷ Wichtiger noch: Was gemessen werden kann, wäre auch überprüfbar (Soll und Haben), wenn etwa im Sinne „des größten Glücks der größten Zahl“ ein möglichst großer Wohlstand für alle eingefordert würde. Das von Hayek geprägte neoliberale Marktverständnis versucht nun aber gerade die (Ergebnis-)Offenheit der Marktwirtschaft ins Zentrum der Analyse zu rücken. Hayek bezeichnet die Marktwirtschaft deshalb als eine „spontane Ordnung“, mit der wir uns noch ausführlicher beschäftigen werden. Zudem widerspricht ein allgemein formulierter Nutzen etwa im Sinne gesamtgesellschaftlicher Wohlfahrt der strikten liberalen Auffassung, wonach das Individuum unantastbar ist, mithin auch diejenigen Individuen, die nicht in „der größten Zahl“ enthalten sind. Aber gerade dieser Individualismus ist die wichtigste Säule im neoliberalen Menschenbild.

46 Christian Watrin, „Marktversagen“ versus „Staatsversagen“. Zur Rolle von Markt und Staat in einer freien Gesellschaft, Zürich 1986, S. 17

47 Vgl. ebd., S. 14

Aus neoliberaler Sicht stößt die Neoklassik dort an Grenzen, wo sie mit der ihr eigenen Konzentration auf technisch-mathematische Details abstrakter Marktmodelle zwar eine formal geschmeidige *reine* Theorie artikulieren, nicht aber die gesellschaftliche Bedingtheit ökonomischer Prozesse erklären kann. Die reale Welt landet bei der Neoklassik in exogenen, außerhalb ihrer Modelle liegenden Annahmen und verkommt so zu einer abstrakten Datenwelt. Damit vernachlässigt die Neoklassik in sträflicher Weise eine Auseinandersetzung mit der normativen Dimension liberaler Wirtschaftstheorie, wie sie noch in der Klassik, insbesondere bei den schottischen Moralphilosophen, formuliert worden ist. Der Markt, so lautet die neoliberale Botschaft, ist nicht nur effizient, sondern mehr noch ein werteorientiertes, ethisches Prinzip. Die *reine* Theorie der Neoklassik taugt deshalb nicht für das Kernanliegen des Neoliberalismus, eine schlüssige Weltanschauung zur Verteidigung des freien Marktes zu formulieren.

2.2 *Antrieb und Steuerung der Gesellschaft: Markt, Staat und Wettbewerb*

Die neoliberale Rechtfertigung einer unbeschränkten Marktgesellschaft, die von einer Herauslösung und Verselbstständigung der Ökonomie gegenüber der Gesellschaft gekennzeichnet ist,⁴⁸ kann man aus einer historischen Perspektive in zwei unterschiedlichen theoretischen Zugängen erfassen. Diese bilden gewissermaßen die Pole in der neoliberalen Theorie, ohne deshalb einen grundlegenden Gegensatz zu begründen:

3. Der deutsche Neoliberalismus, der seine theoretischen Grundlagen unter dem Eindruck der nationalsozialistischen Herrschaft geschaffen hat, will mit Hilfe der Macht eines starken Staates eine tatsächlich funktionsfähige, d.h. wettbewerbsintensive Marktwirtschaft organisieren. Aus der Marktwirtschaft soll eine „Veranstaltung“ (Leonhard Miksch) des Staates werden. Obwohl dieser Ansatz unter den Bedingungen der 1930er-Jahre entwickelt wurde, ist er mehr als nur eine Fußnote der ökonomischen Theoriegeschichte. Das Bestreben, die Dynamik und Stabilität einer Marktwirtschaft durch die ordnende Hand des Staates zu gewährleisten, bildet ein Fundament der Ordnungspolitik, die in der deutschen und europäischen Wirtschaftspolitik auch in der Gegenwart großen Einfluss hat. In der populären Übersetzung wird dann von der Aufgabe der Wirtschaftspolitik gesprochen, die richtigen Rahmenbedingungen zu setzen. Damit ist gemeint, dass die Maßnahmen der

48 Grundlegend hierzu ist das Buch von Karl Polanyi, *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen* (engl./dt. Erstausgabe 1944/1977), 4. Aufl. Frankfurt am Main 1997.